



WEG MIT DER KOHLE

DIVESTMENT JETZT!

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDETAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de

„Divest“ bedeutet „Geld abziehen“ und beinhaltet auch, keine Kredite mehr für bestimmte Geschäfte zu vergeben. Divestment aus fossilen Brennstoffen heißt also, bestehende Finanzanlagen wie Aktien und Anleihen von Kohle-, Öl- und Gasunternehmen zu verkaufen sowie Neukäufe zu unterlassen.

Grad zu begrenzen, hat die Weltgemeinschaft die Weichen neu gestellt. Denn dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn 80 Prozent der fossilen Brennstoffe unter der Erde bleiben. Konkret heißt das, dass die Profite der fossilen Energiewirtschaft im direkten Gegensatz zur Rettung unseres Planeten stehen. Findet echter Klimaschutz statt, sind folglich die Börsenwerte beispielsweise

DIVESTMENT?

„Geld regiert die Welt“, heißt ein Sprichwort. Deshalb begann im Kleinen, was heute eine wachsende Bewegung ist. Diese macht sich auf, die Finanzströme in beachtlichem Maße umzuleiten: von dreckigen fossilen in nachhaltige grüne Investitionen. Denn immer noch investieren private und staatliche Konzerne Milliardensummen in die Erschließung neuer fossiler Brennstoffreserven. Und dafür bekommen sie Kredite und Gelder von Banken, Fonds, Versicherungen und Privatanlegern. Dabei ist längst klar, dass das fossile Zeitalter zu Ende gehen muss, wenn die drohende Klimakrise abgewendet werden soll. Spätestens mit dem verbindlichen Beschluss beim UN-Klimagipfel von Paris, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei

von RWE, E.ON oder ExxonMobil überbewertet, denn die Unternehmen werden nicht all ihre Vorhaben zur Erschließung und Extraktion von fossilen Ressourcen in die Tat umsetzen können. Entsprechend ist es nicht nur klimapolitisch notwendig, sich seiner Aktien und Anleihen an diesen fossilen Dinosauriern zu entledigen, sondern es ist auch wirtschaftlich geboten. Gleichzeitig bietet Divestment die Chance, das entzogene Geld gezielt in klimafreundliche Technologien wie erneuerbare Energien zu investieren. Je mehr das geschieht, desto wahrscheinlicher ist es, unseren CO₂-Ausstoß so begrenzen zu können, dass die Klimakrise im Zaum gehalten wird.



*„Klimaschutz
heißt auch,
sein Geld nicht
in Kohle, Gas und
Öl anzulegen.“*

Annalena Baerbock MdB
Sprecherin für Klimapolitik

DIE FINANZMÄRKTE UND DAS KLIMA

Der globale Finanzmarkt heizt die globale Erwärmung derzeit kräftig mit an. Nach wie vor wird viel Geld falsch investiert, weil Kohle, Öl und Gas den international tätigen Konzernen – noch – große Profite versprechen. Die Auswirkungen des Klimawandels treffen jedoch auch sie immer stärker. Wenn die Welt die in Paris beschlossenen notwendigen Klimaschutzziele in die Tat umsetzt, hat das gravierende Auswirkungen auf die fossile Energiewirtschaft: Die 80 Prozent ihrer Reserven, die unter der Erde bleiben müssen, würden wertlos. Nach heutiger Einschätzung ein Verlust von rund 20 Billionen Euro! Viele Unternehmen sind also viel zu hoch bewertet.

Viele Fachleute sorgen sich daher um eine neue Blase am Finanzmarkt, im Fachjargon Carbon Bubble genannt – eine Kohlenstoffblase. Platzt sie, wären vom Preisverfall auch institutionelle Anleger wie etwa Pensionskassen betroffen, denn sie haben zumeist einen erheblichen Anteil ihrer Vermögenswerte in fossile Unternehmen investiert. Die Leidtragenden wären letztlich wir alle! Auch aus sozialer und finanzwirtschaftlicher Sicht muss ab sofort mit dem Übergang in eine CO₂-freie Wirtschaft begonnen werden. Die Klimakrise drängt zum Handeln.



DI ~~IN~~ VESTMENT KONKRET

Der erste Schritt beim Divestment ist die Beschaffung von Informationen. Viele Anleger, Kommunen oder Pensionsfonds stecken tief in klimaschädlichen Geschäften – ohne es zu wissen. Doch nur jene, die wissen, was mit ihrem Geld gemacht wird, können Änderungen verlangen und Druck auf Banken, Versicherungen oder Gemeinderäte ausüben. Dafür brauchen wir mehr Transparenz auf den Finanzmärkten, aber auch beim Bankgespräch.

Wir Grüne im Bundestag wollen hier neue Maßstäbe setzen und dafür sorgen, dass große Unternehmen offenlegen, in welchem Maße sie Klimarisiken ausgesetzt sind und wie sie für eine Minimierung dieser Risiken vorsorgen beziehungsweise wie sie ihre Geschäftspraktiken in Einklang mit dem vereinbarten 2-Grad-Limit bringen. In Frankreich wurde 2015 eine solche Regelung beschlossen. Große Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern müssen umfassend darüber berichten, wie sie ihrer Unternehmensverantwortung in den Bereichen Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, sowie Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung gerecht werden. Eine solche Vorgabe würde nicht nur den Innovationsdruck für Kohlekonzerne

erhöhen, auch Autobauer müssten für ihre indirekt verursachten Emissionen Verantwortung übernehmen und Geschäftsmodelle überdenken. Nicht zuletzt würden Anleger deutlich mehr Klarheit über die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens erhalten. Darüber hinaus wollen wir Banken und Versicherungen regelmäßig einem Klima-Stresstest unterziehen. Ein solcher Test wird von vielen unabhängigen Fachleuten gefordert und wurde zuletzt auch vom Europäischen Ausschuss für Systemrisiken befürwortet. Gerade öffentliche Banken und Versicherer in Deutschland glänzen bisher nicht mit Transparenz. Hier braucht es eine Richtungsentscheidung. Es kann auf Dauer nicht funktionieren, die Energiewende zu unterstützen und gleichzeitig über Kapitalanlagen und Kredite die Klimakrise weiter anzuhetzen. Diesem Widerspruch müssen sich die Bundesregierung und die deutsche Finanzbranche stellen. Doch auch hier hinkt die deutsche Politik hinterher: Frankreich hat im Rahmen eines Energiewende-Gesetzes im Sommer 2015 ein aktives Divestment beschlossen. Die Bundesregierung hat auf Druck der grünen Bundestagsfraktion zumindest ein Gutachten zu den Wirkungen der Klimakrise auf die Finanzmarktstabilität in Auftrag gegeben. Klimaschutz war unter Schwarz-Rot noch nie eine Priorität. Auch beim Divestment und der Entwicklung nachhaltiger Finanzmärkte riskiert Deutschland, international den Anschluss zu verlieren.



GRÜNE FINANZWENDE FÜR MEHR DIVESTMENT

- » Wir brauchen volle Transparenz über die Klimawirkung von Investitionen, damit Anlegerinnen und Anleger wissen, wohin ihr Geld fließt und wie viel klimaschädliches CO₂ Unternehmen emittieren. Das erhöht zugleich den Druck auf Banken und Versicherungen, ihr Angebot entsprechend umwelt- und klimafreundlich auszugestalten.

- » Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie über Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) muss Deutschland dem Beispiel Frankreichs folgen und aussagekräftige Berichtspflichten für Unternehmen einführen, die auch Klimarisiken und deren Minimierung sowie eine Strategie zur Einhaltung des 2-Grad-Limits umfassen.
- » Banken und Versicherungen müssen sich regelmäßig einem Klima-Stresstest unterziehen und die attestierten Risiken offenlegen und abbauen.
- » Die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) muss komplett aus der Finanzierung von internationalen Kohleprojekten aussteigen.
- » Öffentliche Banken und Versicherungen wie auch die beiden großen öffentlichen Rücklagenportfolios in Deutschland, der Fonds für Beamtenpensionen sowie die Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit, müssen raus aus Kohle, Öl und Gas. Dafür braucht es neue Anlagerichtlinien, die neben Stabilität und Rendite auch Nachhaltigkeit als gleichberechtigtes Kriterium enthalten.
- » Für die staatlich geförderte Altersvorsorge müssen verbindliche Mindestkriterien festgelegt werden. Denn der Staat darf nicht Investitionen fördern, die seinen klimapolitischen Zielen zuwiderlaufen.



Quelle: getty-images

„Wir müssen die
Klimawirkung
von *Geldanlagen*
transparent
machen.“

Dr. Gerhard Schick MdB
Sprecher für Finanzpolitik

GUTE BEISPIELE

Es gibt sie schon weltweit, die Vorreiter der Divestment-Bewegung. Dazu gehören Städte wie Oslo, Kopenhagen und San Francisco. Aber auch die einst aus fossilen Geldern aufgebaute Rockefeller-Stiftung sowie Universitäten, etwa die Stanford University oder die Glasgow University, haben beschlossen zu divestieren. Große Fonds wie der norwegische Staatsfonds oder der kalifornische Rentenfonds sind beim Divestment mit an Bord. Die Welle ist längst von den USA über die ganze Welt geschwappt. In Deutschland hat Münster als erste Stadt auf Druck der „Fossil Free“-Bewegung und mithilfe der grünen Stadtratsfraktion beschlossen zu divestieren. Sogar Berlin hat mittlerweile einen Divestment-Beschluss – wieder auf Druck der Graswurzel-Bewegung und auf Antrag der Grünen im Abgeordnetenhaus. Mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) divestiert nun eine der größten Stiftungen Europas ihr über zwei Milliarden Euro umfassendes Stiftungskapital. Auch einzelne Kirchen ziehen mit, wie beispielsweise die Church of England oder auch die Evangelische Kirche von Hessen und Nassau. Weitere Beispiele werden sich hoffentlich bald und in schneller Folge den Divestment-Pionieren anschließen. So haben auch der Allianz-Konzern und die Commerzbank erste Schritte in Richtung Divestment unternommen.





Quelle: M. Lange

WIR SIND BEWEGUNG

Wir Grüne im Bundestag stehen für die Bürgerenergiebewegung. Das beinhaltet nicht nur, in Erneuerbare-Energien-Anlagen und Energieeffizienz-Technologien zu investieren statt in Kohle- und Ölförderung, sondern auch konsequentes Divestment. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, auch im Bereich der Finanzwirtschaft ihren Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Das kann konkret heißen: nicht nur den Stromanbieter, sondern auch die Bank wechseln. Denn auch hier gibt es große Unterschiede.

Divestment durch Einzelpersonen, Kommunen, Kirchen oder Universitäten frischt die verkrusteten Strukturen der Finanzwelt genauso auf, wie es einst das Erneuerbare-Energien-Gesetz getan hat! Divestment ist der nächste Schritt der Bürgerenergiebewegung.

Bereits heute arbeiten grüne Fraktionen in vielen Städten und Gemeinden mit der Klima- und Divestment-Bewegung zusammen, die diese Unterstützung der Politik braucht. Die Politik wiederum braucht frischen Wind und den Druck von unten wie auch konkret vor Ort.



Quelle: IPON / Boness

„Divestment lebt vom Mitmachen!“

Bärbel Höhn MdB

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Annalena Baerbock MdB, Sprecherin für Klimapolitik

Bärbel Höhn MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Dr. Gerhard Schick MdB, Sprecher für Finanzpolitik

Arbeitskreis 2: Umwelt Energie, Verbraucher und Verkehr

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552,

info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

- » gruene-bundestag.de » Themen » Klimaschutz
- » Divestment in Deutschland:
Ausstieg aus fossilen Ressourcen auch im Finanzsektor
(Fraktionsbeschluss vom 31.05.2016)

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

18/8877 Weichen für ökologische Modernisierung der Wirtschaft stellen – Chancen des Klimaschutzes nutzen

18/5056 Risiko der sogenannten Carbon Bubble

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: St. Kaminski

Stand: August 2016, Schutzgebühr: 0,05 €

